Fuldaer Zeitung
Gegründet 1874

Ausgabe vom 14. Mai

KOLUMNE

Mit Grün und Rot wird nichts wirklich neu

Wir haben eine Woche des politischen Neubeginns erlebt. Lauter Premieren. In Rheinland-Pfalz stellt sich die erste rot-grüne Landesregierung vor und verspricht, dass jetzt alles viel besser werde: nachhaltiger, ökologischer, sozialer, gerechter. Da könnte der verblüffte Bürger fast vergessen, dass mit Kurt Beck der alte auch der neue Ministerpräsident ist. Was hat der denn alles angerichtet, wenn jetzt alles anders werden muss? Und dann der Beginn der grünen Zeitrechnung in Baden-Württemberg. Winfried Kretschmann, der neue Liebling der Medien und Bürger, wird sogar mit zwei Stimmen aus der Opposition zum ersten grünen Landeschef in Deutschland gewählt. Was für ein Triumph.

Vielleicht liegt es daran, dass ich meine Jugend in einer sehr konservativen Stadt zugebracht habe, an der viele politische Zeitgeistströmungen vorüber gingen – was ihr nicht geschadet hat, wie wir heute sehen können. Deshalb wünsche ich meiner Heimatstadt Fulda, dass sie auch dieses Mal vom ökologischen, sozial nachhaltigen Umbau der grünen Romantikwelle verschont bleibt.

Ich kann keinen Aufbruch erkennen. Zwar haben die Akteure gewechselt, und damit ändern sich die Empfänger der Subventionen. Aber nirgends sehe ich weniger Staat und mehr Markt, eher das Gegenteil. Wurden früher die Milliarden in den Steinkohlebergbau gelenkt, um eine nationale Energiereserve zu sichern, werden sie jetzt an Wind- und Solarfirmen verteilt, damit die Welt gerettet wird. Was das für den Bürger bedeutet, spielte weder damals noch heute eine Rolle.

Was also soll ab dieser Woche alles anders werden? Baden-Württemberg ist das Bundesland mit der niedrigsten Arbeitslosenquote, mit dem höchsten Wachstum, mit dem höchsten Pro-Kopf-Einkommen der Flächenstaaten, mit den meisten Universitätsplätzen pro Einwohner, schneidet bei den Pisa-Studien mit Bayern am besten ab, hat die zweitniedrigste Kriminalitätsrate und den zweithöchsten Ausländeranteil und ist von dem Bevölkerungsrückgang so gut wie nicht betroffen. Und jetzt soll alles anders werden? Es gibt ein Problemfeld, das von den schwarz-gelben Regierungen zu verantworten ist: Auf den Autobahnen im Südwesten werden 20 Prozent des deutschen Verkehrs abgewickelt, aber das Land hat nur 12 Prozent des Autobahnnetzes und seit Jahren den niedrigsten Zuwachs. Alles drehte sich nur um das Bahnhofsprojekt Stuttgart 21.

Was immer aus dem Großprojekt wird, ist noch unklar. Aber eine verkehrspolitische Entscheidung hat Grün-Rot getroffen. Es wurde beschlossen, keine neuen Straßen mehr zu bauen, sondern nur noch Fahrradwege. Damit ist sichergestellt, dass sich der Horizont der Baden-Württemberger auch auf ihre nächste Umgebung beschränkt. Die deutschen Romantiker sterben nie aus – und dieser Biotoptyp scheint vor allem in den behäbigen Fachwerkhausstädtchen zu gedeihen.

Ähnliches vermeldet Rot-Grün in Mainz: Die Schiersteiner Brücke von Wiesbaden nach Mainz wird zwar von Hessen sechsspurig ausgebaut, aber in Rheinland-Pfalz bleibt sie vierspurig – bei heute schon über 100 000 Autos pro Tag.

Auch die sonst so hochgepriesene Bürgerbeteiligung erfährt eine neue Interpretation: Entgegen des Wunsches der Bewohner wird die Brücke im Mittelrheintal nun nicht mehr gebaut. Die Grünen sind auch gegen eine Bürgerbefragung. Begründung: Wo nichts gebaut wird, kann auch nach nichts gefragt werden. In der Dialektik waren die neuen Regierungsparteien schon immer besser als die schwerfälligen Christdemokraten.

Auch eine neue Definition für Umweltschutz haben beide neuen Regierungen geliefert. Für die Rettung der Welt (Klima) müssen die Bürger die vielen tausend Windkraftwerke als Beeinträchtigung der Landschaft hinnehmen. Das sei halt unvermeidlich – darüber werde es natürlich keine Bürgerentscheide geben. Dass damit den Großspendern der Grünen-Partei Milliardenpfründe gesichert bleiben, wird als unvermeidlicher Nebeneffekt der ökologischen, nachhaltigen und sozialen Umverteilungswende gern in Kauf genommen. Also: Nichts ist wirklich neu.